



## Inhalt

- 1/2 Dem Rotstift die Rote Karte
- 3 Förderung nach WALZE-Art
- 4 Stolz auf Sparpaket?
- 5 Stoppt das KiBiz
- 6/7 Wittener Luft, holder Duft?
- 8/9 Stadtwerke in der Krise
- 10 Kampf gegen Mietabzocke
- 11 Demokratie im Rathaus?
- 12 Auf ein Wort

August 2007

Ausgabe 3/2007

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF WITTEN**

## Dem Rotstift die rote Karte!

**Es gibt Alternativen!** Von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von *AUF WITTEN*

Im Juli wurde die so genannte "*Haushaltskonsolidierung*" beschlossen. *AUF WITTEN* war dagegen – unsere ausführliche Begründung aber wurde der Öffentlichkeit von der örtlichen Presse vorenthalten. Stattdessen stellte sie in den Mittelpunkt ihrer Berichte, wie schön sich die Ratsmehrheit zur Rettung der Stadt zusammengerauft und auf *schmerzhafte Einschnitte* geeinigt hat. Als ob die Ratsmitglieder von SPD, CDU, FDP, Grünen und WBG unter diesen Einschnitten *persönlich* zu leiden hätten!

Wen es wirklich trifft, das sind die Niedriglohnbereiche der Stadtverwaltung:

- Frauen des städtischen Reinigungsdienstes,
- Erzieherinnen der städtischen Kindertageseinrichtungen,
- die Feuerwehrleute.

In allen Bereichen des täglichen Lebens werden Leistungen gekürzt, wie zum Beispiel im Breitensport. Eltern und Alleinerziehende sollen sogar noch mehr belastet werden.

Eine solche "Sanierung" muss als ausgesprochen familien-, frauen- und kinderfeindlich abgelehnt werden!

### Undemokratische Methoden...

Achim Czulwick (*AUF WITTEN*) als Ratsmitglied hatte **keine faire Chance**, sich sachgerecht mit den *Sparbeschlüssen* zu befassen:

Eine Woche vor der Ratssitzung wurden ihm über 200 Seiten zugestellt. **Eigene Untersuchungen**, um sich über die Folgen klar zu werden, **waren so nicht mehr möglich**.

**Gipfel des undemokratischen Vorgehens** war, das interfraktionell unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelte Sparpaket *im Block* abzustimmen.

So wurden Einzeldiskussionen zu den einzelnen *Sparbeschlüssen* verhindert und es konnten keine Fragen zu den Folgen und der sozialen Schiefelage des *Sparpakets* mehr gestellt werden!

Wir wollen Rosi und Heidi behalten den ganzen Tag!

### ... richten sich gegen ihre Urheber!

Mehrheitsverhältnisse ändern sich schneller, als manchem lieb ist. Schon jetzt ist der Frust der Menschen über die Politik von Rat und Verwaltung groß, sie fühlen sich mit Recht nicht ernst genommen!

### Die Alternativen

*AUF WITTEN* schlägt folgendes vor:

**Erhöhung der Gewerbesteuer** auf den Durchschnitt der Ruhrgebietsgroßstädte (450 %). Mit der geringen Erhöhung auf nur 440 % verzichtete die Ratsmehrheit unverständlicherweise nicht nur auf einige Millionen €, sondern auch auf die Möglichkeit, tatsächlich wieder Handlungsspielraum zu bekommen.

**Zinsmoratorium** in Höhe von derzeit rund 8 Millionen € jährlich: Statt weiter Schulden zu machen oder Leistungen abzubauen, um die Zinsen zu bezahlen, werden **solange keine Zinsen gezahlt, bis die wichtigsten Investitionen finanziert sind**. Diesen zugegeben radikalen Vorschlag zu Lasten der Bankenlobby hat die Ratsmehrheit nicht einmal *geprüft*! Aber das Durchhalten eines solchen Konfliktes mit dem Finanzkapital würde im volkswirtschaftlichen Sinne eine riesige Investitionssumme freisetzen und könnte zig Tausende von Arbeitsplätzen schaffen.



Fortsetzung von Seite 1  
Dem Rotstift die Rote Karte

**Stopp der Umverteilung** aus den Kassen der Kommunen in die Kassen von Bund und Ländern! **Für eine Neuordnung der kommunalen Finanzen!** Die Ratsmehrheit aber, deren Parteien auf Bundes- und Landesebene die Umverteilung betreiben, macht die in der Stadtverwaltung Beschäftigten zum Sündenbock. Aber selbst der Abbau von 462 Arbeitsplätzen seit 1992 in der Verwaltung konnte nichts am Anstieg

der Verschuldung ändern, weil die Hauptursache die Umverteilungspolitik ist.

Auch ist die Vernichtung von Arbeitsplätzen garantiert kein Mittel, um die Konjunktur anzukurbeln. Das geht nur, wenn mehr Menschen arbeiten, was schnell und nachhaltig durch die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu erreichen wäre.

**Halbierung der Fraktionsgelder**, statt, wie am 28.03.2006 beschlossen, diese zu erhöhen. Das wäre ein *Zeichen*,

selbst mit gutem Beispiel voranzugehen!

**Stopp der Privatisierung** mit ihren ständig steigenden Folgekosten! Zwischen dem Streben nach hohen Renditen der privaten Anleger und dem Auftrag der Kommunen, für die Menschen gute und kostengünstige Angebote zu machen, kann es kein übereinstimmendes Interesse geben!



## Kommentar zum Sparkonzept

von René Schlüter

### Was ist eine Kommune eigentlich?

- Man beachte die ursprüngliche Wortbedeutung -

Ein abstraktes, marktwirtschaftliches Bürgerverwaltungsorgan und damit *prinzipiell ein Dienstleistungsunternehmen?*

Oder vielmehr eigentlich *ein Organ des bürgerlichen Willens*, das auch durch eben diese finanziert wird?

Selbst wenn man diese Frage trotz all ihrer Rhetorik mit *prinzipiell ein Dienstleistungsunternehmen* beantworten würde, bliebe die Frage, was einem *Dienstleistungsunternehmen* auf dem so genannten freien Markt in der jetzigen Situation unserer Stadt passieren würde?

Sehr wahrscheinlich müsste es versuchen, seine wirtschaftliche Situation auszugleichen:

- Indem es zum Einen die Kosten für die Nutzer, in diesem Fall uns Bürger, erhöhen würde.
- Und sich zum Anderen durch Outsourcing, Verkauf von so genanntem toten Kapital(?), Abbau von Leistungen und Entlassungen von Mitgliedern der so bezeichneten niedrigen Lohngruppen *gesund schrumpft*.

Dies führt jedoch langfristig zu vermindertem Potential und noch tiefer in die Pleite...

In unserem angenommenen *Dienstleistungsunternehmen* würden spätestens jetzt die Verantwortlichen ihrer Ämter enthoben bzw. (hoffentlich ohne Abfindung) entlassen.

Das *Haushaltskonsolidierungskonzept* entspricht der Denkweise eines *Dienstleistungsunternehmens*, und darüber hinaus sollen weder Verursa-

cher noch Nutznießer der Finanzkrise dafür gerade stehen:

Es enthält weder ein **Zinsmoratorium** noch irgendeine **Kürzung der Bezüge bei den Ratsfraktionen**, obwohl während ihrer Ratsperioden schließlich die immensen Schulden für unsere Kommune angehäuft wurden.

So billig dürfen sich diese "Politiker" nicht aus der Verantwortung stehlen und uns Bürgern die Last der Zeche für ihre jahrelange Misswirtschaft aufbürden!

Allerdings, bei aller berechtigten Kritik an diesen "Politikern", könnte es nicht ganz verkehrt sein, auch einen kritischen Blick auf unsere **eigene** Rolle als Bürger im Bezug auf Politik im Allgemeinen und natürlich Kommunalpolitik im Besonderen zu nehmen.

Es fällt einem als Bürger von Staat, Land und Gemeinde – man beachte hier den Wortanteil "gemein", übrigens verwandt mit "gemeinsam" und nicht etwa "gemein" – nicht eben leicht, sich als tragender Bestandteil der politischen Prozesse zu fühlen. Aber in allen drei Fällen sind **wir** es oder sollten es zumindest sein.

Dabei erscheint mir die Kommunalpolitik am wichtigsten, da sie uns am direktesten beeinflusst, quasi sobald wir die Haustür öffnen, manchmal bis in unsere Wohnzimmer (zum Beispiel Strom- und Gasrechnungen). Deshalb liegt auch gerade in der Kommunalpolitik für mich unsere größte, weil direkteste Verantwortung als einzelne Bürger.

Wenn Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, also hoffentlich **auch nicht** von unserer Kommune behandelt werden möchten, wie die Kunden eines *Dienstleistungsunternehmens*, wenn sich in den politischen Entscheidungen des Wittener Rates tatsächlich *unser aller gemeinsamer politischer Wille* spiegeln soll, ist es für **uns** Bürger höchste Zeit, unserer politischen Verantwortung bewusster nach zu kommen. **AUFstehen für unsere Zukunft! Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.**



René Schlüter (32), examinierter Krankenpfleger und seit kurzem neu im Vorstand von *AUF Witten*.

Er fühlt sich durch die vielfach anzutreffende politische Inaktivität von Mitmenschen seines Alters besonders herausgefordert, selbst Verantwortung zu übernehmen.

# Förderung nach WALZE-Art

Von Renate Dietze – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Auf der Montagsdemo ist es ein ständiges Thema, wie Arbeitslose mit ihrer schwierigen Situation fertig werden müssen. Aus diesem Grund habe ich am Arbeitslosenfrühstück im Zentrum in der ehemaligen Wideyschule teilgenommen. Laut Friedhelm Wulf von der Selbsthilfegruppe der Interessengemeinschaft Wittener Arbeitsloser (IWA) sind etliche der früheren Versprechungen auf der Strecke geblieben.

## Schönes Faltblatt...

In einem Info-Faltblatt schreibt die WALZE selbst über sich:

*"Das Wittener ArbeitsLosen ZENtrum wurde 1984 von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, der Stadt Witten und Betroffenen gegründet. Seither hat sich die 'WALZE' von einer Interessenvertretung für Arbeitslose auch zu einem Arbeitgeber mit besonderen Zielgruppen und spezifischer sozialer und ökologischer Ausrichtung entwickelt. Zu den Angeboten der 'WALZE' zählen unter anderem Beratung, regelmäßige Vorträge, Arbeitslosenfrühstück, Kontakt- und Freizeitangebote."*

## Was tut sich wirklich?

Friedhelm Wulf schreibt uns dazu:

*"Vorträge oder Diskussionsrunden werden seit 2001 leider keine angeboten. ALG-II-Empfänger werden meist zur Beratung an das Arbeitslosenzentrum in Hattingen verwiesen – warum nach Hattingen?"*

*Arbeitslosenfrühstück: Offenbar geht es der WALZE nur noch ums Abfütern: Ein paar weiße Brötchen, eine Sorte Wurst, etwas Brotaufstrich und wenn man Glück hat noch einen Camembert, sowie etwas Kaffee oder ein paar Teebeutel.*

*Was versteht die WALZE eigentlich unter Kontakt- und Freizeitangeboten? Davon habe ich weder das Eine noch das Andere dort kennen gelernt."*

## Internet-Café weg

Es gab ein gut besuchtes Internet-Café, in dem man selbständig nach Arbeitsstellen suchen, die Bewerbung schreiben und drucken konnte.

Auch zur Canasta-Runde traf man sich dort. Was sich von allem erhalten hat, ist das wöchentliche Arbeitslosen-Frühstück und die Bera-

tung im Keller. Ja, sie ist da richtig gut versteckt, denn am Eingang gibt es keinen Hinweis. Wohl aber noch den zum Internet-Café, das es eben aber **nicht** mehr gibt!

Ziemlich verwirrend? Ja – vor allem aber **enttäuschend** und **armselig!**

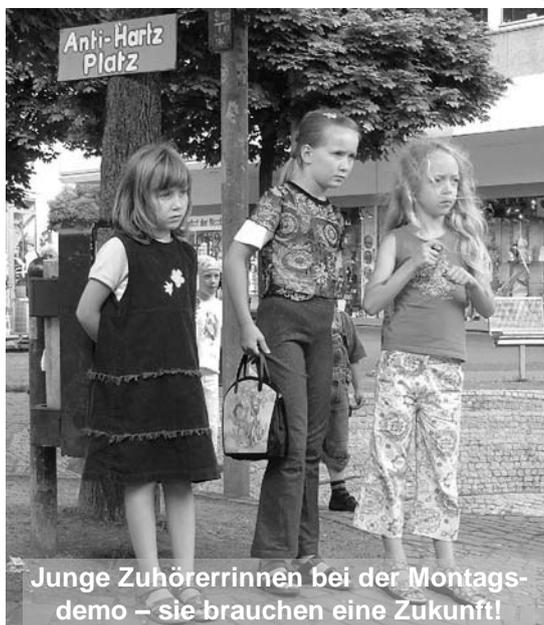
## Nur Mundpropaganda

Nach Schließung des Cafés und Vermietung der Räume an die VHS wurde es recht still dort. Nur durch Mundpropaganda erfährt man von der Beratungsmöglichkeit und der Existenz der Selbsthilfegruppe IWA. Nicht einmal das Faltblatt liegt aus – was wohl ist der Grund?

## Soziales Mäntelchen

Einrichtungen wie WALZE, WABE, QUABED und ähnliche sind typische Vorzeige- und Alibi-Modelle für die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der früheren Rot-Grünen Koalition, die von der großen Koalition nahtlos fortgesetzt wird.

Während auf Bundes- und Landesebene Gesetze beschlossen und Richtlinien verabschiedet wurden wie die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze,



Junge Zuhörerinnen bei der Montagsdemo – sie brauchen eine Zukunft!



gibt man sich vor Ort den Anschein, etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun zu wollen.

Die Aussage in dem Faltblatt, Entwicklung der WALZE zu einem **"Arbeitgeber mit besonderen Zielgruppen"** offenbart, dass an die Masse der Arbeitslosen überhaupt nicht gedacht wird, nur an *besondere* Zielgruppen.

Als Arbeitgeber mit sozialem Anstrich kann man dann gleich noch die staatlichen Fördergelder kassieren. 1 € für die Arbeitslosen, bis zu 300 € für das *gemeinnützige Unternehmen!*

## Selbst aktiv werden!

Gerade bei Arbeitslosen ist es unbedingt notwendig, dass diese aus der Isolation kommen und ermuntert werden, sich zusammenzuschließen und gemeinsam mit den noch Arbeitenden um Arbeitsplätze zu kämpfen. Die Arbeitsmarktpolitik kann man ändern, aber nicht als Einzelner.

Die herrschende Politik sieht dagegen ihre Hauptaufgabe darin, den Großkonzernen und Banken die besten Verwertungsbedingungen für ihr Kapital zu liefern. Die aber bauen ständig Arbeitskräfte ab und ziehen das Geld aus den Kommunen heraus. Da wird das Geld selbst für soziale Alibi-Modelle knapp.

Statt Förderung nach WALZE-Art fördern wir das Selbstbewusstsein und die Einheit von Arbeitslosen und Arbeitenden, von Jung und Alt, von Frauen und Männern ungeachtet der Nationalität.

**Kommt zur Montagsdemo jeden Montag um 17 Uhr am Berliner Platz!**

**Werdet Mitglied in AUF Witten!**

# Stolz auf das Sparpaket?

In ihrer Zwischenbilanz hob die Bürgermeisterin die Verabschiedung des so genannten *Sparhaushaltes* durch die Fraktionen im Rat der Stadt Witten als ihren besonderen Erfolg hervor. Renate Dietze vom Vorstand von *AUF Witten* hat sich die Mühe gemacht, nachzufragen. Ihr ging es wie Wittener Bürgern in einer Umfrage. Spontan sagten diese, ihnen wäre nichts Positives aufgefallen. Im Folgenden Renate Dietze und ihre Überlegungen und Recherchen:

## Sparen...

... ist gut und richtig, leichtsinnige Ausgaben an der falschen Stelle können bittere Folgen haben. Das ist keine neue Weisheit.

Nur: Wo gespart werden soll, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Extrem ist die Kluft zwischen den sozial denkenden Menschen, die sich für die gesamte Gesellschaft und deren Zukunft verantwortlich fühlen und denen, die sich um Erhalt und Vermehrung privaten Kapitals sorgen. Überbrücken lässt sich das nicht!

## Wegfallen okay?

Was steht denn im neuen Stellenplan 2007 unserer Stadt? Ich fragte den Personalchef, Herrn Göbel: "Niemand wird gekündigt – das tut eine Kommune nicht! Die Stelle wird nicht mehr besetzt."

Klingt nicht unangenehm. Doch was ist mit den Jugendlichen, die einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung suchen? Mit jeder **wegfallenden** Stelle wird die Luft dünner. Auch werden in besonderem Maße Angestellte und Arbeiter in der Verwaltung abgebaut. Im Verwaltungsjargon sind das die **KW-Stellen** (= *künftig wegfallend*): allein bei den städtischen Reinigungskräften 35 Stellen. Das trifft vor allem Frauen. Das will ich genauer wissen.

## Frauen benachteiligt

Seit vier Jahren gibt es einen *Frauenförderungsplan*.

Doch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Frau Grote-Kukla, muss in ihrer Stellungnahme zum Stellenplan 2007 von "einer Einschränkung der tatsächlichen Möglichkeiten der Frauenerförderung" sprechen.

Dabei werden Frauen dringend gebraucht:

"Die vorliegende Änderung sieht den Wegfall von Stellen für Erzieherinnen in Kindertagesstätten beim Jugendamt vor. Aus Sicht der Gleichstellungsbe-

auftragten sollte dies neu überdacht werden. Der von der Bundesregierung vorgesehene Ausbau von Krippenplätzen für 1 – 3 jährige Kinder und ein angestrebter Rechtsanspruch machen einen Ausbau in diesem Bereich erforderlich."

**Doch 14 Erzieherinnen werden abgebaut!**



## Soziale Schieflage

Insgesamt werden 70 Arbeiter und Angestellte, vor allem der Niedriglohnbereiche und Frauen, "wegfallen", dazu 19 Beamte, auch hier überwiegend Geringverdiener. Schon 2006 fielen 21 Stellen weg, davon 20 Angestellte bzw. Arbeiter.

## Warum Personalabbau?

Ich bekomme jetzt noch gesagt, dass die Personalkosten ein Drittel der Gesamtausgaben ausmachen. Damit begründen SPD, CDU, FDP, GRÜNE, WBG und FLW ihre Politik des rigorosen Personalabbaus.

Ich lese im Haushaltsplan der Stadt nach. Da finde ich andere Zahlen: die 2007 angegebenen 64,2 Millionen €

Personalkosten betragen keine 33 % sondern 16,6 % der Ausgaben. Warum wird da so übertrieben, frage ich mich?

Und weiter: Warum eigentlich sollen knapp 17 % der Ausgaben für Personal zu viel sein? Für ein Unternehmen, dessen Aufgabe doch in erster Linie darin besteht, die Interessen des Bürgers wahrzunehmen? Müsste da nicht jeder ausgegebene Euro in Form einer Leistung an uns zurückgegeben werden?

## Schuldenfalle

Während bei den Personalausgaben übertrieben wird, spricht der Haushaltsplan verharmlosend von rund 80 Millionen € Schulden. Doch zusammen mit den erneut um 20 % gestiegenen Kassenkrediten und den Schulden der Eigenbetriebe sind es **nachweisbar über 305 Millionen €!**

Die neu aufgenommenen Kredite reichen nicht mehr aus, um die Kreditzinsen bezahlen zu können. Die Stadt steckt in der Schuldenfalle.

## Was tun?

- Die Beschäftigten der Stadt nicht zum **Sündenbock** machen! Sie können nichts für die miese Haushaltssituation, der Abbau von fast 500 Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung seit 1992 hat an der ständig steigenden Verschuldung nichts geändert.
- **Hauptursache ist die unzureichende Finanzierungsgrundlage der Kommunen.** Die etablierten Parteien aber tragen diese Umverteilungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen mit, sind mitverantwortlich für das Desaster.

Deshalb machen sie Front gegen Vorschläge von *AUF Witten*, keine Zinsen mehr zu bezahlen und **endlich die Banken zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben heranzuziehen.**

Ich bin mir sicher, so wie ich werden sich auch viele andere kein X mehr für ein U vormachen lassen – gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

# Stoppt das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) (von Peter Frey)

Am 1. August 2008 soll das „modernste Kindergartengesetz Europas“ in Kraft treten. Bereits seit bekannt werden der ersten Pläne im November letzten Jahres wächst der Widerstand der Eltern, der Erzieherinnen und der Träger der Kindergärten. An der Aktionswoche vom 11. bis 17.06.2007 beteiligten sich Tausende in 14 Städten Nordrhein-Westfalens.



Zukunfts demonstration am 26. Mai 2007 in Gelsenkirchen

## KiBiz – eine Mogelpackung

Das neue Gesetz soll die Quantität und Qualität der Betreuung aller Kinder vom Säugling bis zum Schuleintritt erhöhen.

So will es uns zumindest die Landesregierung NRW verkaufen. Das hört sich doch gut an, warum schlagen dann Fachverbände, Gewerkschaften, Erzieherinnen und Elterninitiativen Alarm?

Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung, um sich besser an den Bedarf anpassen zu können, soll es künftig nur noch drei Betreuungszeiten geben: 25, 35 oder 45 Wochenstunden. Längere Zeiten, die momentan angeboten werden, fallen weg.

## Alleinerziehende Berufstätige die Leidtragenden

Bei 45 Stunden sind das neun Stunden am Tag. Wenn zum Beispiel eine alleinerziehende Mutter acht Stunden arbeitet, und dabei nur 30 Minuten Pause hat, bleiben ihr vor und nach der Arbeit jeweils 15 Minuten, um das Kind zum Kindergarten zu bringen und es wieder abzuholen.

Anhand der Anmeldungen für diese drei Gruppen soll künftig jährlich der Personalbedarf der Kindergärten be-

rechnet werden. Unabhängig von der Struktur der Kindergärten wird die Personalplanung künftig pro Kind gerechnet – nicht mehr pro Gruppe.

## Erzieherinnen ständig von Entlassung bedroht?

**Bedeutet das, dass Erzieherinnen künftig nur noch befristete Jahresverträge bekommen?**

Wie sollen denn die Kindergärten künftig planen? Nach dem Willen der Landesregierung sollen sie neue Aufgaben übernehmen: Die Betreuung der unter Dreijährigen, Sprachförderung, Kinderfrühbildung, enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Das alles ist löblich, wird jedoch mit keinem Cent zusätzlicher Mittel finanziert.

Im Gegenteil, **die Eltern sollen über die verschiedenen Elternbeiträge insgesamt 19 % der Betriebskosten finanzieren** – bisher sind es durchschnittlich 13 %. Die Höhe der Elternbeiträge festzusetzen wird künftig den Jugendämtern überlassen und damit ein Stück kommunale Selbstverwaltung vorgegaukelt. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die meisten Kommunen unter Haushaltsaufsicht stehen, so wie auch die Stadt Witten. Solchen Kommunen ist es untersagt, Elternbeiträge zu sub-

ventionieren, da das eine freiwillige Leistung wäre.

## Statt Betreuung nur noch Aufbewahrung

Die Konsequenzen dieses Gesetzes kann man sich an zehn Fingern abzählen. Die Kommunen und die Träger werden immer mehr unter finanziellen Druck geraten, es werden Stellen abgebaut werden, aus der verbesserten Qualität in der Kinderbetreuung wird bestenfalls eine Aufbewahrung.

Letztendlich hat dieses Gesetz nur einen Zweck:

**Es soll auf Kosten unserer Kleinsten einen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts leisten!**

Damit reiht es sich ein in die übliche Politik der Umverteilung von unten nach oben – die Familien, Arbeiter und Angestellten, Arbeitslosen, Rentner, Schüler und Studenten, alle werden zur Kasse gebeten, während sich die Großindustrie und die Banken über Subventionen freuen.

## Sich einmischen für unsere Kinder!

So darf es nicht weiter gehen! *AUF Witten* unterstützt den Widerstand gegen das KiBiz, der sich in NRW immer mehr ausbreitet. Auch andere Personenwahlbündnisse sind daran maßgeblich beteiligt, mit denen *AUF Witten* vernetzt ist und zusammen arbeitet.

Neben den verschiedensten Protesten und Demonstrationen wurde auch eine Unterschriftensammlung ins Leben gerufen. Auf unserer Homepage [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de) oder unter [www.weil-kinder-zukunft-sind.de](http://www.weil-kinder-zukunft-sind.de) ist die Unterschriftenliste zum selber sammeln erhältlich.

**Machen wir Rabatz, für KiBiz ist kein Platz!**

# Die Wittener Luft mit ihrem holden Duft!

Die Stadt möchte die Zahl von 100.000 Einwohnern nicht unterschreiten: "Wittener, kriegt mehr Kinder!" Was aber wird dafür gemacht? Seit 100 Jahren Chemiegestank in Witten, trotz jahrzehntelanger Beschwerden passiert nichts. Die Bürgermeisterin soll einer Betroffenen sogar den "Rat" gegeben haben, wegzuziehen, die Arbeitsplätze dürften ja nicht gefährdet werden.

## Industrie und Behörden in unheilvoller Allianz

Endlich gibt es offizielle Messergebnisse zur *Feinstaubbelastung* in Witten, was aber geschieht? Nach Protest des angeschuldigten Edelstahlwerks reduzierte das Landesumweltamt flugs die im Jahr 2006 festgestellten Überschreitungen der zulässigen Feinstaub-Grenzwerte

rechnerisch (!) von 44 auf 22. Jetzt stimmen die Grenzwerte wieder! Dummerweise ist der Feinstaub auch noch mit Nickel und Chrom belastet. Doch laut Gerald Klawe, Leiter der Arbeitsgruppe Umweltschutz bei der Stadt, ist das nicht wichtig: "Die Erhöhungen ... sind aber nicht exorbitant." Jetzt wird noch auf das Gutachten der "Fachdienste" gewartet, ob der Feinstaub überhaupt gesundheitsschädlich ist. Auch das gehört zum jahrzehntelangen Ritual von Vertuschen, Verharmlosen, Abwiegeln.

Feinstaub ist gesundheitsschädlich – Grenzwerte hin oder her! Die Belastung ist in Wahrheit noch viel höher. Ein WAZ-Leser aus der Röhrenstraße: "bei Westwind kann man den Feinstaub mühelos zusammenfegen." Der Messcontainer dagegen stand südlich vom Schlackeplatz an der Lessingstraße, sehr günstig für das Management des Edelstahlwerks, Südwind ist selten.

## Gefährliche Chemie-Cocktails

Nachweise von Einzelstoffen sind ein Anfang. Wichtig wäre zu wissen, welche **Verbindungen** entstehen, die sogenannten *Chemie-Cocktails*!

Dazu müsste man die **Luft analysieren**, die sich in bestimmten Schleusen ansammelt: Fußgängerzonen, Rathausplatz, Standesamt, Unikreisel, Pferdebachstr., Hörderstr., Stockumer Bruch, Annenstr., Westfalenstr., besonders bei den Schnellimbissen und der Eingangsschleuse einer Großbäckerei, wo

uns von Passanten über "Stiche im Hals" infolge der verdichteten Luft berichtet wurde.

Schon lange wird von Kinderärzten und Krebspezialisten vor Chemie-Cocktails gewarnt. Bis zu 300 Chemikalien können im Blut eines Europäers nachgewiesen werden, sogar in der Nabelschnur ungeborener Kinder befinden sich Chemikalien.

## Phenole in Witten?

Weiterhin wäre es sehr wichtig der Frage nachzugehen, inwieweit Phenole zum Beispiel bei der Wittener Chemieindustrie im Spiel sind. Der Vorsitzende des Umweltausschusses sprach davon in der Sitzung im April 2004. Bei **Phenolen** müsse man sich Sorgen um die körperliche Unversehrtheit machen, **denn ungiftige Phenole gebe es nicht**, sagte er damals.

Am selben Abend strahlte die WDR-Lokalzeit den Beitrag *Dicke Luft in Witten* aus. Dieser wurde im Garten einer Betroffenen gedreht, der man von

Amts wegen auf zig Beschwerden immer wieder mitgeteilt hat, es läge *nichts Ernstes* vor.

## Was wird der Öffentlichkeit verschwiegen?

Die **Umwelt-AG** von *AUF Witten* und die Umweltinitiative **Koordination wegen Sasol/Degussa-Gefahren** haben sich mehrfach an die Stadt Witten, das (mittlerweile aufgelöste) staatliche Umweltamt Hagen und an das Gewerbeaufsichtsamt Dortmund gewandt.

Es gab außer beruhigenden Auskünften nicht mal Einblick in das von der Degussa in Auftrag gegebene *Geruchsgutachten*. **Einblick erhielten wir erst im Zuge einer Strafanzeige gegen Degussa wegen Körperverletzung.**

Doch Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt stellten das Verfahren *ungewöhnlich schnell* ein. Derzeit liegt eine zweite Strafanzeige wieder zur Beschwerde gegen die Einstellung beim Oberstaatsanwalt.



Edelstahlwerk Witten mit Elektro-Filter – aus: [www.industriedenkmal.de](http://www.industriedenkmal.de)

## Beweislastumkehr

Bei jeder Grillfete, deren Geruch angezeigt wird, schreitet die Polizei ein.

Warum gilt beim Normalbürger eine andere Logik wie die von Staatsanwaltschaft und den angeschuldigten Großkonzernen wie Degussa, HP Pelzer Chemie, Edelstahlwerke? Danach muss ja erst der Nachweis der Gesundheitsschädlichkeit erbracht werden.

**Wir fordern im Umkehrschluss, dass alle Unternehmen den Nachweis erbringen müssen, dass ihre Produktionsverfahren nicht gesundheits-schädlich sind.** Das gibt es schon, zum Beispiel in Japan, wo sich dies sofort zu Gunsten der Menschen ausgewirkt hat.

## Echte Kontrollen

Nicht nur beim Radsport wird die Öffentlichkeit mit angeblichen Kontrollen an der Nase herumgeführt.

Die Abwiegungstaktik von Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Landesumweltamt, Gewerbeaufsichtsamt, Kreisgesundheitsamt, der Bürgermeisterin und ihrem

Umweltvertreter Gerald Klawe wird folgendermaßen begründet:

**1.** Das Gesundheitsamt, vertreten durch Gesundheitsingenieur Jürgen Schwedes, hat ausdrücklich eine gesundheitliche Unbedenklichkeit festgestellt und zwar in Kenntnis, dass laut (von der Degussa selbst bezahltem) *Geruchsgutachten* eine erhebliche Überschreitung der Immissionsschutz-Grenzwerte vorliegt! Wir fordern dagegen, dass das Gesundheitsamt eigene Untersuchungen macht, anstatt einseitig Partei für die Chemie-Industrie zu ergreifen!

**2.** Der Chemiegestank könne gar nicht entstanden sein und zwar in Kenntnis der Tatsache, dass Degussa freiwillig (!) bereit ist und auch schon damit angefangen habe, umfangreiche

Investitionen im Umweltbereich zu tätigen. Wir fordern dagegen, dass endlich sämtliche in der Produktion eingesetzten chemischen Stoffe offen gelegt und der Nachweis der fachgerechten Entsorgung und umweltgerechten Produktion erbracht wird.

## Einige unserer Beweise

Jährlich werden 100 Tonnen des giftigen Lösungsmittels 1.1.1.-Trichlormethan in der Produktion bei der Firma HP Pelzer Chemie verarbeitet. Wir fragen seit Jahren nach Entsorgungsnachweisen!

Es gibt bei Pelzer eine ungewöhnlich hohe Häufung von Todesfällen, meistens infolge von Krebs, und ernsthaft erkrankten Arbeitern, die ungeschützt mit den ganzen Giften arbeiten mussten, obwohl die Gewerkschaft IG BCE, das Gewerbeaufsichtsamt und Berufsgenossenschaft davon wissen. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages ist eingeschaltet.

Von Pelzer vergiftete Arbeiter wie Peter Spyrka bekommen kaum Luft wegen eines durch Cyanid erlittenen toxischen Lungenödems, haben ständig Hustenreiz, können

schlecht schlafen. Bei Peter Spyrka ist dazu ein Auge geschädigt, sein Nervensystem angegriffen.

Doch er erhält weder Rente, Sozialgeld noch Hartz IV, sondern soll als Familienvater von 6 Kindern von dem geringen Verdienst seiner Frau leben.

## Warum bekommt Peter Spyrka kein Recht?

Weil mit der Anerkennung seiner Schäden nicht nur die Untauglichkeit des staatlichen Kontrollsystems gegenüber der Industrie zugegeben würde, sondern ein ganzes System der Unterordnung unter das ungezügelte Profitinteresse von Konzernen.

**Der Kampf von Menschen wie Peter Spyrka ist deshalb unser aller Kampf!**

## Wichtig zu wissen

- Es gibt auf der Homepage der Stadt Witten keine Umweltseite.
- Es gibt keine Feldstudien zur chemischen Belastung in Deutschland.
- Grenzwerte sind keine Normalwerte – die Grenzwerte in Deutschland sind weltweit die höchsten.
- Die Mitglieder der DIN-VDE-Kommission gehören fast ausschließlich Firmen an oder erhalten Forschungsgelder von diesen. Die wenigen von der Industrie akzeptierten Untersuchungen beziehen sich auf Kurzzeituntersuchungen an gesunden, jungen Leuten.
- Es gibt keine Langzeituntersuchungen für Auswirkungen auf Alte, Kranke, Kinder, Schwangere, Amalgamvergiftete...
- Für viele der bekannten Umwelttoxinen existieren amtliche Grenzwerte, in Deutschland die TA Luft. Von Land zu Land variieren diese bis zum Faktor 1.000, was die Willkür bei ihrer Festsetzung unterstreicht.
- Folgende von der Industrie behauptete unschädliche Stoffe wurden später als schädlich nachgewiesen: Asbest, PCP, Benzol, Steinwolle, Lindan, DDT, Formaldehyd, Schwermetalle, Nitrat, Amalgam, Palladium, Weichmacher. (Liste unvollständig)
- Am meisten Betroffene, die hochsensiblen Menschen, werden nicht als Gradmesser für unverantwortliches Handeln angesehen, sondern als nervig abgetan. Doch jeder ist betroffen, auch wenn er es heute noch nicht bemerkt!

**Sich informieren, sich engagieren, gemeinsam verändern!**

**Mitmachen in der Umwelt-AG von AUF Witten!**



Peter Spyrka gibt nicht klein bei

# Stadtwerke GmbH...

## ... in bedrohlicher wirtschaftlicher und struktureller Schieflage

Am 8. Mai fand im Rathaus eine vertrauliche interfraktionelle Absprache über das Sparkonzept statt. Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*) war weder eingeladen noch wurde er nachträglich über die Besprechung informiert. Wieso wurde er außen vor gelassen? Auf die Krisensitzung war auch die Geschäftsführerin der Stadtwerke Witten GmbH, Frau Marlies Mathenia, eingeladen. In ihrem Vortrag musste sie eine bedrohliche wirtschaftliche und strukturelle Schieflage des städtischen Wirtschaftsunternehmens Stadtwerke GmbH eingestehen.

### Der Baum brennt!

Dazu kurz die Fakten:

- für das Wirtschaftsjahr 2008 ist gerade noch mit einem **Gewinn** von **200.000 €** zu rechnen.
- für 2009 wird ein **Verlust** von **einer Million €** erwartet.

(Quelle: Positionspapier der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft WIKOM AG)

### Diagnose: Misswirtschaft?

#### Minus keine Überraschung

Überraschend ist die Hiobsbotschaft nicht. *AUF Witten* hat immer wieder mangelnde Transparenz in der Preisgestaltung und mangelnde Kontrolle durch den Aufsichtsrat kritisiert: bei Spenden und Sponsoring, bei anderen Ausgaben der Stadtwerke sowie bei Vergabe und Durchführung von Baumaßnahmen.

#### Vorwürfe nicht widerlegt

Der Vorwurf steht noch, dass führende Mitarbeiter der Stadtwerke vergleichsweise überhöhte Gehälter und Privilegien wie luxuriöse Dienstwagen und beamtenähnliche Versorgung genießen, einfache Sachbearbeiter in der Verquickung mit politischen Kommunalfunktionen wesentlich höher eingestuft sind, als es ihrer Qualifikation und ihrer Leistung entspricht.

#### Politisch nicht hinnehmbar

Das einzige, was die Stadtwerke in dieser Sache bisher getan haben, war, einem ehemaligen Prokuristen seine personenbezogene moralisch und fachlich negative Wertung dieser Vorgänge als "*Schmähkritik*" gerichtlich verbieten zu lassen.

Mögen die gerügten Vorfälle juristisch keine Straftaten sein, wie der ehemali-



Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Witten GmbH – ein stolzer Bau

ge Prokurist angenommen hatte. Politisch aber sind sie nicht hinnehmbar.

#### Strom, Gas und Wasser müssen günstiger werden!

Es liegt nicht nur der Geruch von Günstlings- und Selbstbedienungswirtschaft in der Luft. **Die kritisierten Vorgänge kosten auch und gehen zwangsläufig in die Kalkulation der Strom-, Wasser- und Gaspreise ein.**

Diese könnten, wenn man vergleichbare Stadtwerke heranzieht, einiges günstiger sein, ohne dass die Stadtwerke deshalb in die Miesen geraten müssten.

#### Teure Repräsentation

Laut Bilanz 2005 der Stadtwerke hat das Ruhrschiff MS-Schwalbe mal wieder Minus gemacht, **256.000 €**.

#### Seit ca. 10 Jahren geht das schon so:

zwischen minus **230.000 €** und minus **285.000 €**, also zusammen fast **3 Millionen €**, die, nach den ausführlichen Berichten in der Lokalpresse zu urteilen, den Rahmen bilden für schöne Repräsentationen von Bürgermeister(in) und Stadtwerke GmbH.

Selbst das Betriebsergebnis 2005 der Wasserversorgung liegt im Vergleich mit anderen völlig atypisch daneben und ist auf minus **304.000 €** abgesackt.

### Therapie:

## Transparenz und Übernahme der politischen Verantwortung!

#### Öffentliche Kontrolle!

Als erstes fordert *AUF Witten* das Ende der Vertuscherei und Blockadepolitik gegenüber dem gewählten Ratsmitglied Achim Czulwick.

Mit dem Argument, die Stadtwerke, die sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt befinden(!), seien eine GmbH, wird die öffentliche Kontrolle ausgeschaltet.

Informationen des Aufsichtsrates (*in dem sich, gut bezahlt, ausgesuchte Mitglieder von Ratsfraktionen tummeln*) stünden ihm als Ratsmitglied nicht zu.

Fortsetzung von Seite 8 Stadtwerke GmbH...

## Wo liegt die Zukunft der Stadtwerke?

Man kommt ins Grübeln: warum werden mit fadenscheinigen Begründungen einem Ratsmitglied Informationen vorenthalten, die jeden Wittener Bürger unmittelbar betreffen?

### Kein Ausstieg aus der ewmr

Sollen wir zusehen, wie die Stadtwerke gegen die Wand gefahren werden? *AUF Witten* hat Kenntnis davon erhalten, dass in der eingangs erwähnten Geheimsetzung der Plan vorgestellt wurde, die Stadtwerke aus dem gemeinsamen Verbund mit Herne und Bochum ausscheiden zu lassen. Mit 45.000 € wurde die WIBERA AG beauftragt, ein Gutachten zur künftigen Aufstellung der Stadtwerke zu erstellen.

### Keine Privatisierung und kein Notverkauf

Was passiert denn, wenn die Stadtwerke weiter Verlust machen und dann auch noch aus einem funktionierenden Verbund austreten? Dann sind sie Frei-

Freiwild für den Kapitalmarkt. Es gibt schon Interessenten, die genau auf diesen Zeitpunkt warten.

Ist es nicht grotesk, dass genau diejenigen, die sich immer vehement gegen eine Privatisierung der Stadtwerke ausgesprochen haben, als gut dotierte Mitglieder und Vorsitzende des Aufsichtsrates über eine Geschäftspolitik Aufsicht führen, die genau darauf hinausläuft? Haben die Mitarbeiter der Stadtwerke etwa dafür demonstriert? War der angebotene Schulterschluss mit *AUF Witten* gegen die Privatisierung etwa nur Taktik?

### Kein zweites Durchholz

Das ganze erinnert sehr an die Polemik vor allem der SPD-Fraktion zum Bürgerbegehren gegen die Schließung der Grundschule Durchholz. Den Initiatoren wurden Privatisierungspläne, zum Beispiel der städtischen Reinigung vorgeworfen.

Nach dem abgeschmetterten Bürgerbegehren kann nun das freiwerdende Gelände durch Verkauf privatisiert werden, mit dem Haushaltsanierungskonzept werden weitere Privatisierun-

gen vorgebracht! **Die größten Kritiker der Privatisierung erweisen sich in der Praxis als ihre Vorreiter.**

### Für Stadtwerke im Dienste der Wittener

Für *AUF Witten* dagegen ist die Sache klar: Die Stadtwerke müssen ein städtisches Unternehmen bleiben, denn nur so können die günstigsten Versorgungsangebote für die Bürger erreicht werden.

### Selbst aktiv werden

Das geht aber nur, wenn mit eisernem Besen ausgekehrt und die Vorwürfe ernst genommen und Missstände tatsächlich beseitigt werden.

Die bisher betriebene Geheimdiplomatie erklärt den Wittener Bürger für unmündig und dumm. Die Quittung dafür ist überfällig!

**Aber nicht erst bei der nächsten Wahl, sondern schon jetzt! Aktiv werden in und mit *AUF Witten*!**

## Antwort auf die Anfrage von AUF Witten zur Zukunft der Stadtwerke (Auszug)



Stadt Witten  
Die Bürgermeisterin

Herrn Ratsmitglied  
Achim Czyliwick

19.07.2007

### Anfrage zur künftigen Aufstellung der Stadtwerke

#### Zu den Fragen 2 u. 3:

**Kann der (nach mir vorliegenden Informationen von der WIKOM AG ausgearbeitete) Vortrag von Frau Mathenia von mir eingesehen werden? Ist es zutreffend, dass bereits im Jahr 2009 mit einem Minus von rund 1 Mio. EUR bei der Stadtwerke GmbH zu rechnen ist und worauf ist das zurückzuführen?**

Bei den Stadtwerken handelt es sich um eine GmbH, also um eine juristische Person des Privatrechts.

Der Gesetzgeber sieht für Personen des Privatrechts zu den von Ihnen gestellten Fragen eine öffentliche Einsichtnahme oder eine spezielle Regelung für Ratsmitglieder nicht vor.

Daher sind Einsichtnahmen in Unternehmensunterlagen bzw. Auskünfte über zu erwartende wirtschaftliche Entwicklungen grundsätzlich nicht möglich.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 26.02.2007 verweisen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Leidemann

## Wichtig zu wissen

- Die Strom- und Gaspreise der Stadtwerke Witten belegen im NRW-Landesdurchschnitt Spitzenplätze (Stand Juli 2007).
- Die über den ewmr-Verbund mit Witten zusammengeschlossenen benachbarten Stadtwerke Bochum und Herne sind in ihrer Preisgestaltung günstiger und stehen wirtschaftlich besser da.
- Es wurden *Dienst- und Informationsreisen* von Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates nach Dresden, München, EXPO 2000, Stuttgart, Zürich und Budapest durchgeführt.
- Es gab mehrtägige *Arbeitsstagen* in Sport- und Wellnesshotels.
- Wegen der negativen wirtschaftlichen Entwicklung werden in den nächsten ca. 8 Jahren *rund 70 Mitarbeiter* über aufwendige Alters-Teilzeitverträge bei den Stadtwerken *abgebaut*, letztlich auf Kosten der Allgemeinheit.

# Mieter wehren sich erfolgreich gegen Mietabzocke

## Wohnungsgenossenschaft Herne Süd (WHS) in der Kritik



WHS-Haus in der Dirschauerstraße

flossen und wird somit vom Mieter bezahlt.

### Ver-rechnet oder...?

Es wird auch noch ein Entgelt für Wartung, Prüfung und

Einstellung erhoben. Dies ist höchst zweifelhaft, weil nie ordnungsgemäß abgerechnet oder Rechnungen vorgelegt wurden. Zwischenzeitlich wurde die Antenne auch noch verkauft, an die Firma Bosch.

### Also drei Mal kassiert:

1. SAT-Antenne auf die Miete umgelegt.
2. Angebliche Wartung (sehr fragwürdig).
3. SAT-Antenne an Bosch verkauft.

Spätestens jetzt hätte man die SAT-Anlage aus der Miete herausnehmen müssen. Das geschah jedoch nicht. Irrtum, Abzocke oder brutaler Diebstahl?

**Unser wesentliches Unternehmensziel bleibt: unseren Mitgliedern ein preiswertes, sicheres und modernes Zuhause zu bieten.**

Aus der Internetseite der WHS

### Hausmeisterkosten

2006 wurde ein Hausmeister eingestellt. Wie immer sofort umgelegt auf die Miete. Nach der Tätigkeitsbeschreibung ist der Hausmeister aber für die Beaufsichtigung der Grundstücke und Gebäude in Bezug auf Sicherheit und Ordnung zuständig. Derartige Aufgaben sind **Verwaltungsangelegenheiten** und damit **nicht vom Mieter zu bezahlen**.

### Soziales Mäntelchen...

Diese erneute Abzocke steht in krassem Gegensatz zu den Beteuerungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Mruck auf der Genossenschaftsversammlung (3 Wochen vor Erscheinen der Endabrechnung):

*"Insbesondere energetische Maßnahmen bei Modernisierung und Sanierung sind dabei in den Fokus zu stellen, um die Belastung durch eine überproportional steigende sogenannte zweite Miete in Grenzen zu halten, was sich ebenfalls in einer besseren Vermietbarkeit niederschlägt."*

### Undemokratische Methoden

Obwohl bei der Genossenschaftsversammlung nur zu vorgegebenen Punkten Fragen gestellt werden sollen, versuchte ein Mitglied die Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung zur Sprache zu bringen. *"Das gehört nicht zum Thema"*, unterbrach ihn Herr Mruck, obwohl der Betreffende den Anwesenden noch nicht erklärt hatte, worum es ihm geht. Als er endlich damit anfangen konnte, wurde ihm plötzlich von Herrn Mruck das Mikrofon abgestellt.

Offenbar gibt es was zu verbergen oder es bestehen Ängste, dass das Beispiel des rebellischen Mitgliedes Schule macht.

### Wes Brot ich ess...

Rechtsanwältin Christine Burdenski ist Mitglied im Aufsichtsrat. Sie soll dort die Geschäftsführung im Auftrag der Mitglieder (Mieter) kontrollieren. Doch gleichzeitig wird sie von der Geschäftsführung mit der juristischen Vertretung beauftragt, das heißt auch bei Mietstreitigkeiten gegen die Mieter vorzugehen. Bei insgesamt 1.755 WHS-Wohnungen ein lukratives Geschäft. Hier liegt ein klarer Interessenkonflikt vor, der das Vertrauen in den Aufsichtsrat weiter untergräbt.

### Sich wehren hat Erfolg

Es gibt bereits Mieter, die sich wehren, statt sich geblendet vom Genossenschaftsmodell über den Tisch ziehen zu lassen. So haben sie mit Unterstützung des Mietervereins Witten erreicht, dass sie jährlich eine dreistellige Summe an nachweislich unrechtmäßigen Mietkosten gespart haben. Das ist deutlich mehr als die Genossenschaft an Dividenden jemals auszahlen kann.

**Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.**

### Nebenkosten explodieren

Die WHS hat in der Dirschauer Straße in Witten 90 Wohneinheiten gekauft. Jahr für Jahr immer das Gleiche, wenn die Jahresabrechnung kommt, irgendwo wurde es teurer.

Der Preis fürs Rasenmähen fast verdoppelt. Die Hausversicherung drastisch erhöht. Der Allgemein-Strom (Flur usw.) verdreifacht. Die Garagenmiete ohne Begründung erhöht.

### Der Rattentrick

Plötzlich auch noch Kosten für Ungezieferbekämpfung. Dabei sollen die Ratten laut Gerichtsaussage der WHS-Anwältin Christine Burdenski aus einem angrenzenden städtischen Wohnkomplex kommen.

Wenn das stimmt, wäre es für die Juristin doch ein Leichtes, die Stadt Witten in Regress zu nehmen. Es wäre schließlich auch sinnvoller, die Nager an Ort und Stelle zu bekämpfen.

Aber nein, es ist wie ein Reflex: Mieterhöhung. Es ist wohl leichter, das Geld von den Mietern zu verlangen...

### Der Antennentrick

Plötzlich wird auch Fernsehen teurer, sogar mit Begründung: die Firmen *ish* und *ewt multimedia GmbH* hätten ihre Preise erhöht, natürlich umgelegt auf die Mieten.

Diese Firmen betreiben aber Kabelnetze und die Wohnungen in der Dirschauer Straße haben gar keinen Kabelanschluss! Wohl gibt es eine SAT-Anlage. Diese Anlage wurde neu installiert, ist über den Deckungsbeitrag in die Modernisierungskosten einge-

# Demokratische Entscheidungsprozesse nicht gefragt

Von Ratsmitglied Achim Czylwick (AUF Witten)

Der Rat der Stadt Witten verabschiedete am 11. Juni 2007 einen so genannten *Konsolidierungshaushalt*. Darauf hatten sich die Fraktionen mit der Verwaltung in monatelangen interfraktionellen Runden verständigt, wo die Öffentlichkeit bewusst ausgeschlossen ist. Die Abstimmung im Rat war in ihren Augen nur noch Formsache. Daher wurde mir, und hier spreche ich auch im Namen von Jürgen Wolf "Die Linke" erst gar nicht die zeitliche Möglichkeit gegeben, durch eine genaue Analyse die Folgen dieser so genannten *Haushaltssolidierung* gründlich zu prüfen.

Dieses Vorgehen hat gegenüber AUF Witten und der "Linken" im Rat aber Methode. So fand am 08.05.2007 eine geheime Sitzung von ausgesuchten Ratsmitgliedern aus den Fraktionen statt, um eine mögliche Privatisierung der Stadtwerke einzuleiten, bzw. das Vorgehen dazu abzusprechen.

Meine Forderung hier Einsicht zu bekommen, wurde von der Bürgermeisterin abgewiesen. Ich müsste damit zufrieden sein, dass sie entscheidet, was ich als Ratsmitglied über die Entwicklung der Stadtwerke zu wissen habe und was nicht.

Und überhaupt müsste ich akzeptieren, dass die Bedürfnisse von mir als Ratsmitglied nach sachgerechter Entscheidungsgrundlage da enden, wo es um die Interessen einer GmbH geht. Mit anderen Worten, wo die GmbH beginnt, habe ich als Ratsmitglied kein Recht mehr auf sachgerechte Einsichtnahme in Unterlagen.

Die Rechte der GmbH zu schützen, wäre wichtiger, als mir im öffentlichen Interesse Einsicht in die Unterlagen eines immer noch kommunalen Unternehmens zu gewähren. Ich müsste mit dem Vorlieb nehmen, was die Verwal-

tung und die Geschäftsführung der Stadtwerke frei geben.

Das ist dieselbe Argumentation, mit der einem Ratsmitglied die Einsichtnahme in die PPP-Verträge (Public-Privat-Partnership) verwehrt wird. Auch hier werden die so genannten Betriebsgeheimnisse über das demokratische Recht der öffentlichen Kontrolle gestellt!

**So kann das aber nicht laufen! Wer unterschreibt schon einen Vertrag, wenn er das Kleingedruckte nicht lesen darf? Mitglieder von AUF Witten mit Sicherheit nicht.**



# Erfolg für AUF Witten bei Verteidigung der Meinungsfreiheit

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Nachdem jahrelang die Stadtverwaltung für eine jährliche *Sammelgenehmigung* von Informationsständen 20,40 € in Rechnung gestellt hatte, flatterte für das Jahr 2007 plötzlich ein Gebührenbescheid in Höhe von **244,80 €** ins Haus. AUF Witten wertete das als bürokratische Einschränkung des Grundrechts auf Informations- und Meinungsfreiheit. Sie richtet sich vor allem gegen solche politisch aktiven Kräfte wie AUF Witten, die das ganze Jahr über dem Bürger Rede und Antwort stehen und nicht nur in Wahlkampfzeiten, wo sowieso keine Gebühren verlangt werden.

Doch unser Widerspruch gegen die Wuchergebühren wurde abschlägig beschieden mit der Belehrung, wir könnten ja jetzt Klage beim Verwaltungsgericht Arnsberg erheben.

Um das zu vermeiden, machten wir eine Eingabe an die Bürgermeisterin.

Wir äußerten die Erwartung, Frau Leidemann als Vorgesetzte des Ordnungsamtes würde durch Rücknahme des Widerspruchsbescheides dieser unwürdigen Verwaltungssposse ein Ende setzen.

Doch weit gefehlt. Wir mussten mit der Bürgermeisterin dieselbe Erfah-

rung machen wie viele andere Bürger auch, die Entscheidungen der Verwaltung für falsch hielten und sich deshalb von der Bürgermeisterin Hilfe erhofft hatten.

So die Durchholzer Eltern, die der Verwaltung vorwarfen, sie würde mit falschen Zahlen operieren. Oder die allein erziehende Frau Banze, der zu Unrecht die Hartz IV Bezüge gekürzt wurden.

Im Zweifelsfall hat Frau Leidemann immer die Entscheidungen der Verwaltung kritiklos gut geheißt und nichts für den Bürger getan.



Bei uns hat jetzt das Verwaltungsgericht sogar die früher erhobenen 20,40 € als unrechtmäßig eingestuft und kritisiert, dass unsere Tätigkeit gleichgesetzt wird mit Kirmesveranstaltungen. Frau Banze half das Sozialgericht. Was Durchholz angeht, wird der Wähler das letzte Wort sprechen.

Mein Fazit:

Frau Leidemann – führungsschwach und politisch unsensibel!

## AUF ein Wort von Gregor Duve, 66 Jahre

Wenn man einmal kritisch die derzeitige kommunalpolitische Entwicklung seitens der Verwaltung sowie der etablierten Ratsparteien betrachtet, stellt man immer wieder fest, dass die Bürger, um die es letztlich geht, mehr und mehr unserer Stadt entfremdet werden. Die Meinung der in unserer Stadt lebenden Menschen ist nicht mehr gefragt. Entscheidungen, in welcher Richtung sie sich auch bewegen, werden hinter den Türen der Stadtverwaltung getroffen.

Wenn einmal, weil man Demokratie repräsentieren möchte, die Meinungen der Bürger tatsächlich erfragt werden, sollten diese die Entscheidungen von Rat und Verwaltung nur bestätigen.

Nach diesem Verständnis reicht es aus, wenn man alle fünf Jahre bei der Kommunalwahl die Bürger umwirbt, das Kreuz für eine Wiederwahl zu machen, um sie danach wieder in den "Dornröschenschlaf" zu versetzen.

Das ist eine Politik, deren wichtigste Aufgabe es ist, den großen Brüdern Landes- und Bundespolitik zu folgen und gehorsam in deren Fußstapfen in Richtung Kapitalismus zu marschieren – anstatt sich um das Wohl und die Würde der in unserer Stadt lebenden Menschen zu kümmern und sich für ihre Bedürfnisse einzusetzen.

**Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, in allen Lebenslagen nach ihren Bedürfnissen und im Sinne der Menschenwürde behandelt und vertreten zu werden.** Schließlich dienen sie dafür mit Engagement und Einsatz dem Allgemeinwohl und arbeiten mit Steuern und Beitragszahlungen jahrzehntelang für



unser Land, für ihre Vorsorge und Versorgung.

Die Realität zeigt keinerlei Ansätze einer Verbesserung, vielmehr überragen die negativen Aspekte, ob in der Familienpolitik, Erziehung, Betreuung, Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesundheitspolitik, bei der Altersversorgung, im Umweltschutz.

**Man stellt sich die berechnete Frage: wo sind all die in guten Zeiten angesparten finanziellen Rücklagen**

**geblieben?** Wurden sie zweckentfremdet oder gar verschwendet?

Fest steht, dass die Monopole und Kapitalgesellschaften weiterhin stetig wachsende Gewinne auf Kosten der Arbeiterklasse für sich verbuchen. Hinzu kommen im erheblichen Maße Steuergeschenke von Seiten der Politik. Ein weiteres ist die wachsende Privatisierung von kommunalen Einrichtungen, ein Indiz dafür, dem Kapital weiterhin Tür und Tor zu öffnen.

Die Menschen werden durch die ständigen finanziellen Kürzungen und Mehrbelastungen auf allen Gebieten sichtbar bis an die Armutsgrenze gedrängt.

**AUF Witten, das Bündnis einer überparteilichen Kommunalpolitik, möchte diesen Ungerechtigkeiten in Witten entgegentreten, um eine Verbesserung für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen. Möglich ist dies, wenn viele, vor allem die Betroffenen selbst, aktiv mitarbeiten.**

Mit dem Motto "Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern" haben wir dabei berechnete Chancen, diese Ziele zu verwirklichen.

### ► Die nächsten Termine von AUF Witten – kommen Sie doch mit dazu! ◀

**Samstag, 08. September 2007:** 11 bis 13 Uhr

**Infostand am Berliner Platz**

**Freitag, 21. September 2007:** ab 19 Uhr

**Bürgerforum "Dem Rotstift die rote Karte"**

Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

**Samstag, 27. Oktober 2007:** 11 bis 13 Uhr

**Infostand am Berliner Platz**

**Samstag, 10. November 2007:** 11 bis 13 Uhr

**Infostand am Berliner Platz**

**Sonntag, 25. November 2007:** 11 bis 14 Uhr

**Öffentliche Jahreshauptversammlung**

Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

**Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:**

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail [info@auf-witten.de](mailto:info@auf-witten.de)

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

**Besuchen Sie uns auch im Internet unter: [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)**